

## INTERVIEW



## Will der Staatsanwalt uns vertreiben?

Nach einer Hausdurchsuchung sperrte Online-Dienst Compuserve über 200 Foren im Internet. Pressesprecherin Marielle Bureick über das Ermittlungsverfahren, Datensex und Zensur.

Formulierung, „die notwendigen Schritte zu unternehmen, um einer Strafverfolgung zu entgehen“. Wir wollten nicht riskieren, daß man uns in Deutschland vom Netz abhängt, und haben sicherheitshalber alle Bretter gesperrt.

CHIP: Wollte der Staatsanwalt, daß Sie entscheiden, was zu zensieren ist?

Bureick: Ja, dies war wohl die unausgesprochene Absicht. Wir weigern uns aber, irgendwelche Gewichtungen auf dieser Liste vorzunehmen. Wenn wir bereit gewesen wären zu sagen, diese Gruppe hört sich gut und jene schlecht an, dann wären wir es plötzlich gewesen, die zensiert hätten. Welches Recht hat Compuserve, zu beurteilen, was gut und was schlecht ist? Compuserve will nicht zensieren.

CHIP: Wer ist denn nun für die Newsgroup-Sperrung verantwortlich?

Bureick: Die Staatsanwaltschaft hat in der letzten Zeit behauptet, sie hätte uns die Liste nach dem Motto „Tut damit, was ihr wollt“ übergeben. Das war aber keinesfalls so. Erst rücken die mit einem zehnköpfigen Überfallkommando an. Und jetzt tun sie so, als ob sie so eben mal vorbeigeschlendert wären und uns eine harmlose Liste gezeigt hätten. Die sollen zu dem stehen, was sie angerichtet haben, statt uns die Verantwortung in die Schuhe zu schieben.

CHIP: Anscheinend kommt Ihnen die Überreaktion jetzt zugute.

Bureick: Immerhin ist jetzt die Diskussion über das Thema auch in Deutschland in Gang gekommen. Jetzt wird endlich differenziert.

CHIP: Aber Ihre Mitglieder danken Ihnen das nicht. 60 000 Kunden sollen sich bei Ihnen täglich abmelden. Stimmt das?

Bureick: Nein. Wir verzeichnen einen täglichen Mitgliederzuwachs von 1500 Teilnehmern. Kündigungen erfolgten wegen der Telekom-Gebührenerhöhung.

CHIP: Werden Sie Ihren Firmensitz in ein liberaleres Bundesland verlegen?

Bureick: Es ist ziemlich absurd, daß wir in Hamburg jetzt keine Probleme hätten. Vielleicht will uns die Staatsanwaltschaft ja aus München vertreiben?

Zumindest ist dies eine recht seltsame bayrische Standortpolitik.

CHIP: Kann man den Mißbrauch globaler Datenetze überhaupt auf der Länderebene lösen?

Bureick: Es ist unsinnig, dies auf Länderebene anzugehen. Das ist ein Regierungsthema oder gar ein Thema für die Europäische Union.

CHIP: Verhindert die Staatsanwaltschaft mit ihrem Vorgehen die Verbreitung von Kinderpornographie?

Bureick: Kein Online-Dienst kann für den Inhalt des Internet verantwortlich gemacht werden. Keiner kann 40 Millionen privater User im Internet kontrollieren. Das ist ein falscher Ansatz. Übrigens: Die Telekom vermietet uns ihre Telefonleitungen, über die der Datentransfer stattfindet. Macht sich nicht auch die Telekom strafbar? Die Staatsanwaltschaft macht sich zur Zeit zu viele Gedanken über den Datentransfer und zu wenig Gedanken, wie man Leute erwischt, die strafbare Pornographie ins Netz stellen.

CHIP: Ermittelt wird gegen Sie aber auch wegen jugendgefährdender Inhalte?

Bureick: Hier gibt es unserer Seite mittlerweile eine Lösung. Wir haben ein Softwarepaket „Internet in a Box for Kids“ entwickelt. Das ist eine Art Parent Control System, mit dem die Kinder vor unliebsamen Daten geschützt werden. Aber auch die Eltern sind gefordert, solche Tools zu nutzen. Schließlich ist das Internet eine Millionenstadt mit 40 Millionen Einwohnern. Würden Sie Ihr Kind allein in eine Millionenstadt gehen lassen?

CHIP: Gibt es bald einen Roundtable der Online-Dienste?

Bureick: Wir denken über eine freiwillige Selbstkontrolle der Online-Dienste nach. Wir wollen eine gemeinsame Lösung erarbeiten. Wenn überhaupt, kann das nur in Absprache mit allen Online-Diensten laufen.

CHIP: Wann werden die Newsgroups wieder in Deutschland aufgemacht?

Bureick: Deutschland bleibt von unserer Seite so lange geschlossen, bis das Ermittlungsverfahren beendet ist.

Interview: CHIP-Redakteur Peter Diesler

CHIP: Wenn es nach dem Verdacht des Staatsanwalts geht, sind Sie die Sprecherin eines weltweiten Kinderporno-Dealer-Ringes. Fühlen Sie sich noch wohl?

Bureick: Das ist eine unglaubliche Verzerrung unserer Tätigkeit. Das Thema Pornographie ist im Netz so geringfügig, daß es schon fast lächerlich ist. Es gibt etwa 15 000 Newsgroups im Internet, also nicht im Compuserve-Netz. Den Zugang zu 200 Gruppen mußten wir schließen. Aber davon sind vielleicht höchstens 30 kritischen Inhalts; prozentual ist das ein Wert von 0,0x Prozent. Es ist auch unsinnig, davon zu reden, daß Pornographie für Compuserve ein Wirtschaftsfaktor sei. Aber es stimmt: In meiner Nachbarschaft konnte ich anfangs keinen Blumentopf gewinnen. Auch unsere Mitarbeiter wurden gefragt: „Was ist denn das für schlüpfriges Unternehmen, wo du arbeitest?“ Inzwischen hat sich dies durch die Berichterstattung der Medien zum Positiven gewandelt.

CHIP: Was wirft man Ihnen genau vor?

Bureick: Am 22. November kam der Münchner Staatsanwalt Philipp Stoll mit einem Hausdurchsuchungsbefehl und zehn Kriminalbeamten ins Haus. Das war also kein Höflichkeitsbesuch, wie das die Staatsanwaltschaft behauptet. Man hat uns mitgeteilt, daß gegen uns ein Ermittlungsverfahren wegen „Verbreitung kinderpornographischer und jugendgefährdender Schriften“ laufe.

CHIP: Sie haben dann den Zugang zu 200 Newsgroups im Internet gesperrt, auch Diskussionsbretter mit völlig harmlosen Inhalten. Warum?

Bureick: Am 8. Dezember überreichte uns die Kriminalpolizei eine Liste mit 200 Newsgroups, mit der schwammigen